



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift - öffentlicher Teil -

über die
**13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und
Gesundheit am 26.11.2025**
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Ingolf Lienau	
Abg. Willi Bargfrede	
Abg. Doris Brandt	Vertretung für Abg. Nils Bassen
Abg. Erich Gajdzik	
Abg. Marvin Heinrich	
Abg. Ina Helwig	Vertretung für Abg. Tam Ofori-Thomas
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Hans-Jürgen Krahn	Vertretung für Abg. Norbert Wolf
Abg. Sünje Loes	Vertretung für Abg. Susanne Mrugalla
Abg. Henry Michaelis	Vertretung für Abg. Henning Cordes
Abg. Joy Rosenberg	
Abg. Erika Schmidt	
Abg. Marsha Weseloh	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Sascha Jansen	Vertretung für Frau Gisela Flake
Herr Helmut Sündermann	

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Herr Jens Hedicke (Amt 53)
Frau Sandra König (Amt 53) (bis TOP 8.2)
Frau Antje Brünjes (Amt 50)
Herr Dr. Christian Kornek (Amt 55)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Christin Kammann (Amt 50)
Herr Niklas Köstermann (Amt 50)

Entschuldigt:

Mitglieder mit beratender Stimme

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 05.06.2025
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke vom 03.06.25: Weibliche Genitalverstümmelung – Koordinierung eines kreisweiten Beratungsnetzwerkes zur Versorgung betroffener Frauen
Vorlage: 2021-26/1052
- 6** Satzung des Kreissenioresrates Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1055
- 7** Haushaltsplan 2026 - Soziales
 - 7.1** Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"
Vorlage: 2021-26/1053
 - 7.2** Haushaltsplan; Teilhaushalt 4 - Soziales
Vorlage: 2021-26/1054
- 8** Haushaltsplan 2026 - Gesundheitsamt
 - 8.1** Förderanträge im Bereich des Gesundheitsamtes
Vorlage: 2021-26/1057
 - 8.2** Haushaltsplan, Teilhaushalt 6 – Gesundheit
Vorlage: 2021-26/1058
- 9** Haushaltsplan 2026 - Jobcenter
 - 9.1** „Pro-Aktiv-Center“ (PACE)
Vorlage: 2021-26/1059
 - 9.2** Haushaltsplan 2026, Teilhaushalt 7 – Jobcenter
Vorlage: 2021-26/1060
- 10** Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 05.06.2025**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 05.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

a) Aushändigung Seniorenwegweiser und Flyer Behindertenbeirat

Frau Colshorn berichtet, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt des Landkreises den Seniorenwegweiser neu aufgelegt hat. Zudem hat der Behindertenbeirat einen neuen Flyer erstellen lassen.

b) Rechtskreiswechsel Ukrainer

Frau Colshorn informiert, dass Ukrainer, die nach dem 01.04.2025 eingereist sind, zukünftig wieder Leistungen nach dem AsylbLG erhalten sollen, sofern sie bedürftig sind. Dazu ist eine Übergangsregelung nach dem derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehen. Der Wechsel in das AsylbLG erfolgt mit Ende des individuellen Bewilligungszeitraums der SGB II- bzw. SGB XII- Leistung und ist für den Zeitraum ab 04/2026 geplant. Eine Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit, sich verpflichtend aktiv um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu kümmern, ist bisher in dem Gesetzesentwurf nicht vorgesehen.

Mit Stand November 2025 sind von dem Rechtskreiswechsel 256 Personen / 161 Bedarfsgemeinschaften aus dem Rechtskreis SGB II und 20 Personen aus dem Rechtskreis SGB XII betroffen.

Auf Nachfrage von **Abg. Krahn**, wie viele Ukrainer insgesamt im Landkreis sind und ob es Hemmnisse in der Vermittlung gibt, erklärt **Dr. Kornek**, dass das Jobcenter insgesamt ca. 1.000 Ukrainer betreut hat bzw. teilweise noch betreue, das größte Vermittlungshemmnis sei die Sprache.

c) Sozialkonzept Senioren

Frau Colshorn stellt dar, dass in Umsetzung des vor drei Jahren beschlossenen Sozialkonzeptes im Frühjahr 2026 das Handlungskonzept „Senioren“ entwickelt werden soll. Am 20.01.2026 ist analog der bereits erarbeiteten Handlungskonzepte eine interfraktionelle Arbeitsgruppe geplant. Diese soll die Handlungsfelder definieren und in Vorbereitung auf den Fachausschuss im Frühjahr priorisieren. Die Verwaltung wird die Fraktionen und Gruppen sowie den Kreissenienerrat bitten, Teilnehmer zu benennen.

d) Förderanträge zum Thema Demenz

Frau Colshorn informiert, dass über die Gesundheitsregion durch das Land für zwei Jahre Fördermittel für das Rotenburger Demenzkontor gewonnen werden konnten.

e) Orange-Days

Frau Weiße berichtet, dass es eine Neuauflage der Notfallkarten gibt. Des Weiteren gibt es ab jetzt Notfallplakate. Diese sollen z. B. in Schulen, Praxen, Behörden etc. ausgehängt werden. Plakate und Notfallkarten können von Frau Weiße zur Verfügung gestellt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke vom 03.06.25: Weibliche Genitalverstümmelung – Koordinierung eines kreisweiten Beratungsnetzwerkes zur Versorgung betroffener Frauen**
Vorlage: 2021-26/1052

Abg. Loes stellt den Antrag vor.

Abg. Holsten teilt mit, dass wegen der ermittelten geringen Bedarfe zu überlegen sei, statt des Aufbaus eines Beratungsnetzwerkes dem in der Vorlage dargestellten Alternativvorschlag zu folgen.

Abg. Helwig hinterfragt die ermittelten Bedarfe. Die Zahl könnte höher sein, da auch schon Kinder von Genitalverstümmelung betroffen seien. Sie könnte sich vorstellen, dass ein Netzwerktreffen oder eine Arbeitsgruppe helfen würden, um mehr Transparenz zu schaffen.

Frau Weiße erläutert das Vorgehen der Verwaltung. Die aufgeführten Bedarfe spiegelten die Rückmeldungen, die sie auf ihre Anfragen bekommen habe, wider und berge Unsicherheiten. Sie habe unter anderem Ärzte direkt angesprochen. Denen sei das Problem bekannt gewesen, sie habe aber auch die Rückmeldung erhalten, dass Betroffenen jederzeit geholfen werden konnte. Sie bietet an, ergänzend zu dem Vorschlag in der Vorlage auf ihrer Website Kontaktdaten von Anlaufstellen zu hinterlegen.

Abg. Loes weist darauf hin, dass Frauen oftmals zwar von ihrem Problem wissen, aber sehr spät reagieren. Es sei ein Hemmnis für sie, darüber zu sprechen. Eine Anlaufstelle würde helfen, damit z. B. auch Lehrer einen Ansprechpartner haben, wenn sie glauben, dass etwas auffällig ist. Des Weiteren hinterfragt sie ebenfalls die Anzahl der Betroffenen.

Abg. Helwig stellt den Antrag, dass die Gleichstellungsbeauftragte Informationen zur weiblichen Genitalverstümmelung in ihrem Webauftritt hinterlegt und dadurch zur Ansprechpartnerin für Ratsuchende wird.

Abg. Loes zieht den Antrag der Fraktion 90/Die Grünen/Die Linke zurück und schließt sich dem Antrag der **Abg. Helwig** an.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Auf der Website der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises werden Informationen zum Thema weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, kurz: FGM) verankert. Die Gleichstellungsbeauftragte wird über diese als Ansprechpartnerin für Ratsuchende hinterlegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Satzung des Kreissenioresenrates Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1055

Herr Sündermann stellt die Änderung der Satzung des Kreissenioresenrates Rotenburg (Wümme) vor.

Abg. Holsten bedankt sich für die Arbeit des Kreissenioresenrates.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Satzung des Kreissenioresenrates Rotenburg (Wümme) vom 16.10.2025 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2026 - Soziales**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"**
Vorlage: 2021-26/1053

Frau Colshorn führt in die Vorlage ein.

Bzgl. des Förderantrags der Neuen Arbeit Lüneburg erklärt **Frau Brünjes**, dass das Angebot behördliche Unterstützung beinhaltet. Gebärdensprachdolmetscher werden vom Anbieter nicht vermittelt.

Abg. Brandt erklärt, dass das Land die Finanzierung für die Förderungen reduziert, was sie nicht befürwortet. Dennoch sei das Angebot der Neuen Arbeit Lüneburg gut und wichtig und benötige eine finanzielle Unterstützung. Sie könne daher dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen und befürworte vielmehr eine Bewilligung der Mittel.

Abg. Krahn sieht das Land in der Pflicht und nicht die Kommunen. Es kämen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen zu, was diese nicht tragen könnten.

Auf Nachfrage von **Abg. Loes**, ob es Alternativen zu dieser Beratung gibt, teilt **Frau Brünjes** mit, dass die Sachbearbeiter bereits Unterstützung in der Beratung anbieten. Zudem werden in der Beratung bei Bedarf Dolmetscher gestellt.

Der Vorsitzende **Abg. Lienau** lässt über beide Beschlusspunkte getrennt abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

- 1) Den Förderanträgen 1) bis 15) wird entsprechend der im Einzelfall vorgeschlagenen Förderung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- 2) Dem Förderantrag der Neuen Arbeit Lüneburg für die Unterstützung einer Sozialberatung für gehörlose und schwerhörige Menschen wird nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	2

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Haushaltsplan; Teilhaushalt 4 - Soziales**
Vorlage: 2021-26/1054

Frau Colshorn führt in die Vorlage ein.

Der Teilhaushalt 4 – Soziales wird von **Frau Brünjes** präsentiert. *(Anmerkung: Die Präsentation ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt).*

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2026 - Gesundheitsamt**

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Förderanträge im Bereich des Gesundheitsamtes**
Vorlage: 2021-26/1057

Frau Colshorn erläutert die Vorlagen. Sie weist insbesondere auf die mögliche Landesförderung für den Krebsfürsorge e.V. hin, die ggfs. die Zuwendung des Landkreises reduzieren bzw. entfallen lassen würde. Ebenso erläutert sie die einvernehmlich mit dem Therapiehilfe e.V. erarbeiteten Zuwendungsmodalitäten ab 2026.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass momentan laut Auskunft des Trägers keine Wartezeiten bei den Suchthilfen bestehen.

Abg. Brandt erfragt die Erreichbarkeitszeiten der Suchthilfen im Landkreis Rotenburg (Wümme), die dem Protokoll beigelegt werden.

Antwort zu Protokoll:

Telefonische Beratung:

Telefonnr. 04261 / 96280-41

*montags, mittwochs, donnerstags und freitags von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr
und dienstags von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr*

Offene Sprechstunden:

Bremervörde:

*mittwochs von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Bahnhofstr. 15, 27432 Bremervörde*

Zeven:

*montags von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr
City Passage, Poststr. 12, 27404 Zeven*

Visselhövede:

*mittwochs von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Bahnhofstr. 31, 27374 Visselhövede*

Rotenburg (Wümme):

*dienstags von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Große Str. 28-30, 27356 Rotenburg (Wümme)*

Der Vorsitzende **Abg. Lienau** lässt über die Beschlusspunkte der Vorlage getrennt abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Zu 1.

Der Landkreis fördert den Krebsfürsorge Bremervörde-Zeven e. V. mit bis zu 25.000 Euro pro Jahr. Eine Förderung Dritter, insbesondere über die Richtlinie zur Förderung über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung ambulanter Krebsberatungsstellen in Niedersachsen gemäß § 65 e SGB V, wird auf diese Zuwendung des Landkreises angerechnet. Es wird eine Vereinbarung für den Zeitraum vom 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2028 geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Zu 2.

Der Landkreis fördert die Arbeit der Therapiehilfe gGmbH im Rahmen der Verlängerung der Vereinbarung für den Zeitraum 1. Januar 2026 bis 31. Dezember 2028 mit den folgenden jährlichen Festbeträgen:

2026: 306.300 Euro

2027: 316.500 Euro

2028: 331.500 Euro.

Die Festbeträge können begründet durch tarifvertragliche Veränderungen des TV-L SuE (Tarifvertrag der Länder für den Sozial- und Erziehungs-

dienst) auf Antrag angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Haushaltsplan, Teilhaushalt 6 – Gesundheit**
Vorlage: 2021-26/1058

Der Teilhaushalt 6 wird von **Frau König** anhand der Einladung beigefügten Unterlagen präsentiert.

Auf Nachfrage von **Abg. Krahn** teilt **Frau König** mit, dass es sich bei den 25.000 € Einnahmen im Produkt 12.2.15 um Ordnungswidrigkeiten und Bußgelder handelt. **Abg. Krahn** fragt nach dem Verhältnis zu den Ausgaben. Dies sei eine große Spanne, er wolle wissen, warum es keine höheren Einnahmen gebe. **Frau Colshorn** teilt mit, dass die Gebührensätze im Frühjahr 2025 gerade erst intern überprüft und angemessen erhöht wurden. In dem Aufwand seien zudem ca. 440.000 € Personalkosten enthalten.

Auf Nachfrage von **Abg. Loes** teilt **Frau Colshorn** mit, dass nach der vorgeschlagenen Kürzung der Stipendienplätze für Studierende der Humanmedizin in 2025 nur noch zehn statt zwölf Plätze verfügbar seien. Die Evaluation solle daher vorgezogen werden, um über die weitere Ausrichtung des Stipendiatenprogramms bereits nächstes Jahr beraten und entscheiden zu können.

Abg. Brandt beantragt die 12 Stipendienplätze weiter zu fördern. Diese würden aufgrund des Ärztemangels zwingend benötigt werden, ein Aussetzen für zwei Jahre würde zu einer zeitlichen Lücke führen und für diesen Zeitraum keine Stipendiaten für eine Arbeitsaufnahme im Landkreis zur Verfügung stehen.

Abg. Weseloh gibt die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zu bedenken.

Der **Vorsitzende Lienau** lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Es werden weiterhin 12 Stipendienplätze vergeben. Die Evaluation wird auf 2026 vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Beschlussvorschlag zu 1. aus der Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Es wird auf die Besetzung der freien Stipendienplätze für Studierende der Humanmedizin verzichtet. Zugleich wird die Evaluation des Förderprogrammes auf 2026 vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	1

Frau Colshorn erläutert im Weiteren die finanzielle Anpassung des Förderprogrammes für die Hebammenarbeit auf die tatsächlichen Kosten. Sie informiert, dass mit Stand 10/2025 in 2023 zwei und in 2024 und 2025 je ein Gründungszuschuss gewährt wurden. Es wurde auf dieser Basis ein Gründungszuschuss für 2026 mit 10.000 € eingeplant. Bei den Raumkostenzuschüssen wurden in 2023 3.800 €, in 2024 5.400 € und in 2025 bisher 4.600 € ausgekehrt. Für das Jahr 2026 sind im Haushaltsplanentwurf insgesamt 20.000 € eingeplant worden. Es sei im Frühjahr 2025 eine Berichterstattung im Fachausschuss erfolgt.

Auf Nachfrage erläutert sie, dass regional und überregional für das Förderprogramm geworben wurde. So wurde das Programm u.a. allen umliegenden Hochschulen mit dem Studiengang Hebammenwissenschaften bekannt gegeben und es wurde im Sommer 2025 an der Jobbörse der Hochschule Bremen teilgenommen.

Abg. Helwig wirbt dafür, vorsorglich zusätzlich 10.000 € in den Haushalt für einen weiteren Gründungszuschuss einzustellen. **Abg. Holsten** verweist darauf, dass für diesen nach derzeitiger Datenlage nicht erforderlichen Betrag bei der Haushaltslage zusätzliche Schulden aufgenommen werden müssten.

Auf Nachfrage von **Abg. Brandt** erklärt **Frau Colshorn**, dass eine Förderung über den genannten Betrag hinaus nicht zugesichert werden kann. Sofern aufgrund der Antragslage zusätzliche Mittel in 2026 benötigt werden würden, würde der Fachausschuss informiert werden.

Seitens **Abg. Krahn** wird beantragt, nicht über den Antrag abzustimmen, sondern diesen zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss zu verweisen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Beschlussempfehlung zu 2. wird an den Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

3. Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	3

Abg. Holsten verlässt die Sitzung um 16:57 Uhr.

Abg. Hellwig verlässt die Sitzung um 16:59 Uhr.

Dr. Kornek stellt die Vorlage vor.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Es soll erneut eine Förderung aus Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Niedersachsen bei der NBank für das „Pro-Aktiv-Center“ (PACE) nach der Förderrichtlinie für den Förderzeitraum vom 01.03.2026-31.12.2027 gestellt werden. Es werden jährlich Kreismittel im notwendigen Umfang zur Deckung des Eigenanteils für die Dauer des Förderzeitraumes bereitgestellt. Die maximale jährliche Höhe der Kreismittel ergibt sich jeweils aus der Bereitstellung der für das Projekt vorgesehenen Haushaltsmittel für das jeweilige Haushaltsjahr.
2. Für das Haushaltsjahr 2026 werden im Produkt 31.2.02 (Kommunale Eingliederungsleistungen) Mittel von maximal 125.000 € zur Verfügung gestellt.
3. Bei weiteren Verlängerungen der Förderrichtlinie ohne grundlegende Änderungen der Förderbedingungen und Eigenanteile sollen für zukünftige Förderzeiträume ab 2028 weiterhin Folgeanträge bei dem Fördermittelgeber gestellt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen über die jeweiligen Haushaltsplanentwürfe eingebracht werden. Die maximale jährliche Höhe der Kreismittel ergibt sich dabei auch zukünftig jeweils aus der Bereitstellung der für das Projekt vorgesehenen Haushaltsmittel für das jeweilige Haushaltsjahr. Es soll regelmäßige Berichterstattung im Fachausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Dr. Kornek erläutert den Teilhaushalt 7 – Jobcenter anhand der Einladung beigefügten Vorlage.

Auf Nachfrage von **Abg. Brandt** teilt **Dr. Kornek** mit, dass die Kosten insbesondere aufgrund der sehr positiven Integrationszahlen gesunken sind und Risiken im Verhältnis zu den Vorjahren minimiert seien. Es wurde für 2025 mit 3.500 Bedarfsgemeinschaften geplant. Aktuell sind es 3.030. Für das nächste Jahr wurde mit 2.950 Bedarfsgemeinschaften geplant.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit der Änderung im Produkt 31.2.05 empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.